

## 18.-23.3. UNTERNEHMERREISE RUSSLAND

Die Industrie des Gebiets Vologda ist im Industriezentrum Cherepovets vor allem von der Metallurgie («Severstal») geprägt. Für den Maschinenbau sind auch Kugellagerwerke in Vologda und weitere Werke in Cherepovets von hoher Bedeutung. Neben den Unternehmensbesuchen im Vologda-Gebiet ist auch ein Besuch im Waggonwerk Tichwin (Lenigrader Gebiet) geplant. In Sankt Petersburg sind ein Unternehmerforum sowie Unternehmensbesuche des Maschinen- bzw. Energieanlagenbereichs geplant. Veranstaltet durch die Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH imd das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

## KOMMENTAR

## »MEHR PFLEGEKRÄFTE FÜR BESSERE PFLEGEQUALITÄT«

Von Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE

»Für eine bessere Pflege brauchen wir deutlich mehr Pflegekräfte in den Einrichtungen und keine scheinheiligen Maßnahmen, wie sie die neue Große Koalition plant. Die Verhandler von Union und SPD feiern 8.000 zusätzliche Stellen in der Pflege als Erfolg. Dabei wissen sie genau, dass allein in der Altenpflege mindestens 30.000 Stellen fehlen. Der Qualitätsbericht zeigt, dass die Qualität der Versorgung in den Bereichen abnimmt, in denen professionelle Pflegekräfte fehlen. Um beispielsweise eine Wundversorgung nach aktuellem Wissensstand durchzuführen, braucht man eine gute Ausbildung, adäquate Arbeitsbedingungen und genügend Zeit dafür. All diese Faktoren sind durch den Fachkräftemangel und die schlechten Arbeitsbedingungen in der stationären Pflege oft nicht mehr gegeben. Der Qualitätsbericht belegt im Vergleich zu den Vorjahren eine deutliche Verschlechterung der professionellen Wundversorgung im Bereich der stationären Pflege. Diese Probleme lösen wir nicht mit 8.000 neuen Pflegekräften. Hier müssen praxistaugliche Sofortmaßnahmen ergriffen werden. DIE LINKE fordert mehr Transparenz in der Abrechnung von Pflegeleistungen und vor allem in den Pflegesatzverhandlungen, die immer noch hinter verschlossenen Türen geführt werden. Die erstmalige Veröffentlichung der Ergebnisse der Abrechnungsüberprüfung in der ambulanten Pflege ist ein richtiger Schritt des MDS.«

Quelle: Die LINKE Fraktion

## BUNTES AUS BERLIN

## GIANNI VERSACE RETROSPEKTIVE

Gianni Versace hat im Jahr 1994 zum ersten Mal in Berlin ausgestellt und verliebte sich in die Stadt. 1997 wurde er vor seinem Haus in Miami, Florida ermordet. 20 Jahre später soll nun eine Schau in Berlin an ihn erinnern.

Versace gilt als einer der größten Designer aller Zeiten, was vor allem an seinem einzigartigen und außergewöhnlichen Stil lag. Auch nach seinem Tod blieb die Marke

international gefragt. Gezeigt werden Objekte von Sammlern aus aller Welt. Unter anderem werden Unikate von Prominenten wie Prince, Madonna, Elton John, George Michael, Claudia Schiffer und Naomi. Zur Ausstellung gehören nicht nur Kleidungsstücke sondern auch Accessoires und Einrichtungsgegenstände. Kronprinzenpalais Unter den Linden, 30. Januar bis 14. April. 14 Euro, ermäßigt 11.

Gugl-Hupf 

## JEDER FÜNFTE SHOPPT MEHRMALS PRO WOCHE IM INTERNET

Der Internet-Branchenverband Bitkom hat eine neue Umfrage veröffentlicht. Derzufolge kaufen fünf Prozent der Internetnutzer täglich online ein. Vier von zehn jungen Erwachsenen (14-29jährige) kaufen bereits mindestens einmal pro Woche im Internet. Nur ein Fünftel (21 Prozent) füllt lediglich einmal im Monat oder seltener seinen Online-Warenkorb. Lediglich die Personen in der Altersgruppe 50+ shoppen wesentlich weniger.

»Die Häufigkeit beim Online-Shopping wird weiter zunehmen, wenn die Nutzer mit dem Online-Einkaufserlebnis zufrieden sind. Auch ausgefeiltere Apps, eine größere Produktauswahl und neue Zustellmethoden werden die E-Commerce-Umsätze in den kommenden Jahren weiter steigen lassen«, sagt Bitkom-Handelsexpertin Julia Miosga. Im vergangenen Jahr haben 55 Millionen Bundesbürger online eingekauft, dass sind 96 Prozent aller Internetnutzer ab 14 Jahren.

## IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-Id.Nr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow  
Telefon 030.810588813  
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult  
GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



## EINSCHRÄNKUNG VON FLEXIBILITÄT WÄRE GEFÄHRLICHE WETTE



Foto: FDP  
Von Johannes Vogel, MdB, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der FDP

Die Zahlen zeigen einmal mehr: Der Arbeitsmarkt entwickelt sich seit Langem sehr gut und genauso lange schon machen Union und SPD eine einfalllose Arbeitsmarktpolitik. Es ist der Bundesregierung in den letzten vier Jahren nicht gelungen, beschäftigungspolitische Impulse zu setzen. Das zeigt die zwar positive, aber vor allem relativ stabile Entwicklung der Arbeitslosigkeit insgesamt und der unerträglich langsame Abbau der

Langzeitarbeitslosigkeit im Besonderen. Dazu passt leider, dass aus den aktuellen Koalitionsverhandlungen keinerlei kreative Ideen zur Dynamisierung des Arbeitsmarkts nach außen dringen. Stattdessen beschäftigt man sich mit neuen arbeitsrechtlichen Regulierungen und Verboten, etwa beim Thema Befristungen. Die weitere Einschränkung von Flexibilität wäre aber eine gefährliche Wette auf eine dauerhaft gute Konjunktur. Das Risiko tragen dabei vor allem diejenigen, die es am Arbeitsmarkt nicht immer leicht haben.

Stattdessen sollte gerade die gute Lage genutzt werden, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Deshalb fordert die Fraktion der Freien Demokraten: Erstens, endlich wirksame Initiativen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und zum Bau einer trittfesten Leiter in die finanzielle Selbstständigkeit für mehr Menschen. Zweitens, die Einführung eines modernen, wirklich überfälligen Einwanderungsgesetzes, auch um dem weiter ansteigenden Fachkräftebedarf zu begegnen. Und drittens, Initiativen, um den Arbeitsmarkt fit zu machen für die Digitalisierung und die moderne Arbeitswelt, um die Chancen für mehr Selbstbestimmung und Zeitsouveränität für alle Erwerbstätigen zu nutzen.

## USA FÖRDERN ERSTMALS MEHR ERDÖL ALS SAUDI-ARABIEN

Russland bleibt zwar weiterhin der globale Top-Förderer für Erdöl, die USA haben allerdings erstmals Saudi-Arabien den Rang abgelassen und sind nun an zweiter Stelle der extrahierenden Ölstaat.

Der Abstand zu Russland wird zunehmend geringer, was vor allem an der hohen Nachfrage an Schieferöl zusammenhängt. Der saudische Ölminister Khalid Al-Falih erklärte zuvor, dass der Hype um das Schieferöl allerdings auf Dauer nicht anhalten würde, daher zeige man sich nicht besorgt, dass

man vom US-Angebot des Rohstoffs überfahren werden würde. Gleichzeitig betonte Al-Falih wie wichtig die strategische Partnerschaft im Bereich der Ölförderung zu Russland sei.

Die Organisation der erdölexportierenden Länder OPEC äußerte sich bisher nicht zu der Tatsache, dass die USA im Bereich der Ölförderung immer stärker werden. Die OPEC hatte sich maßgeblich verschätzt und das Wachstum in den USA bedeutend geringer erwartet.

## POLEN BESCHLIESST UMSTRITTENES HOLOCAUST-GESETZ

Bis zu drei Jahre Haft könnten drohen, wenn man in Polen von »polnischen Todeslagern« spricht – dies hat der Senat in Warschau beschlossen. Das Gesetz sieht Strafen dafür vor, Polen oder das polnische Volk in Verantwortung mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu setzen. Ausgenommen von dem Gesetz sind Kunstschaffende sowie die Wissenschaft.

Israel kritisierte den Gesetzesentwurf, der dem Präsidenten Andrzej Duda zur Unterzeichnung bereits vorliegt, als beschönigender Relativierungsversuch der Geschichte. Aus Sicht der israelischen Regierung waren auch Polen an den Nazi-Verbrechen beteiligt. Sollte das Gesetz in

Kraft treten, würde man es nicht akzeptieren, erklärte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Das polnische Außenministerium erklärte, dass man nicht den Holocaust relativieren möchte, sondern die Ermordung der Juden korrekt darzustellen versucht.

»In allen Ländern unter Nazi-Besatzung gab es viele Helden, die Widerstand geleistet und gegen diese Besatzung gekämpft haben, aber leider fanden sich in all diesen Ländern auch Menschen, die mit den Nazi-Besatzern kollaboriert haben, um deren grauenhafte Pläne umzusetzen«, erklärte der niederländische Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans.

## WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

## BANKENSTERBEN PROGNOSTIZIERT: NUR JEDE ZWÖLFTE BANK WIRD ÜBERLEBEN

Die international tätige Strategieberatung Oliver Wyman schlägt hohe Wellen in der Finanzbranche mit der Prognose, dass langfristig nur jede zwölfte Bank überleben wird.

Von den 1.900 Geldinstituten, Sparkassen und Genossenschaftsbanken werden den Analysten zufolge in 15 Jahren lediglich 150-300 Banken übrig bleiben. Als Hauptgrund wird die Digitalisierung der Finanzwelt betrachtet, aber auch dauerhaft niedrige Zinsen sowie strengere Regulierungsaufgaben für Banken.

Deutsche Banken seien insgesamt wenig

profitabel – trotz stabiler Erträge in den vergangenen Jahren beläuft sich die Eigenkapitalrendite auf ein Prozent, in den USA sind es hingegen neun Prozent.

Finanz-Startups und Technologiekonzerne mischen die Bankenszene bereits seit Jahren auf, jedoch geht aus dem Wyman-Report hervor, dass vor allem regionale Geldinstitute eine Chance haben zu überleben. Mit einem angepassten Produktportfolio sei es leichter die Bedürfnisse der Kunden mit naher Bindung zu befrieden.

Für überregionale Banken stellt sich jedoch der Überlebenskampf ein.

## EBAY TRENNT SICH VON PAYPAL

Das Unternehmen für digitale Bezahlmodelle Paypal muss eine Niederlage verkraften: der Mutterkonzern und Online-Marktplatz Ebay trennte sich von Paypal, um strategisch enger mit dem niederländischen Finanzabwickler Adyen zu arbeiten.

Bereits seit 2015 sind beide Unternehmen eigenständig an der Börse. Da Ebay unter massivem Druck wegen des größten Konkurrenten Amazon steht, sollten attraktivere Bezahlmöglichkeiten geschaffen werden, um den Kundenstamm perspektivisch auszubauen.

Nichtsdestotrotz soll die Bezahlung mit Paypal bis mindestens 2023 bei Ebay für Kunden problemlos genutzt werden. Die Anleger beider Unternehmen reagierten sofort: während Experten die Entscheidung von Ebay begrüßten und sich dies auch im Börsenkurs widerspiegelte, kämpft Paypal um Schadensbegrenzung. Man wolle sich von dieser Entscheidung nicht abschrecken lassen und verwies auf das wachsende Geschäft mit privaten Unternehmen. Ebay hatte in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren.

## ERHÖHUNG DES MINDESTLOHNS IM KOMMENDEN JAHR ZU ERWARTEN

Aufgrund der kräftig gewachsenen Tariflöhne in den Jahren 2016 und 2017 soll auch der Mindestlohn dementsprechend angepasst werden und könnte 2019 auf 9,19 Euro ansteigen.

Der Mindestlohn greift seit 2015 und wird von einer Fachkommission alle zwei Jahre entsprechend der volkswirtschaftlichen Entwicklungen angepasst. In dieser Kommission sitzen sowohl Vertreter von Arbeitnehmer- als auch von Arbeitgeberseite. Die Beschlüsse müssen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit bestimmt werden.

Ein wichtiges Maß ist der Tarifindex, der sich an den Tariflöhnen orientiert – dieser war zwischen Dezember 2015 und Dezember 2017 um knapp fünf Prozent angestiegen, ermittelte das Statistische Bundesamt.

Der Beschluss dafür soll im Juni gefällig werden. Die Gewerkschaften fordern ein kräftigeres Wachstum. Stefan Körzel, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbunds, betonte, dass der Mindestlohn eindeutig zweistellig werden müsse, da nicht nur Tarifverträge relevant seien.

## PERSONALIEN

## KUHLE SOLL GENERALSEKRETÄR DER FDP NIEDERSACHSEN WERDEN

Konstantin Kuhle (29) soll neuer Generalsekretär der FDP Niedersachsen werden. Der Landesvorsitzende Stefan Birkner teilte am 17. Januar in einem Schreiben an die Parteimitglieder mit, dass er den Juristen, der seit 2017 im Deutschen Bundestag sitzt, als Nachfolger von Gero Hocker vorschlagen werde. Kuhle soll den Landesverband und dessen Arbeit modernisieren. Erst kürzlich hatte Kuhle mitgeteilt, dass er im Frühjahr nicht erneut als Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen kandidieren werde. Er steht seit 2014 an der Spitze der Jugendorganisation der FDP.

## TIEFENSEE SOLL VORSITZENDER DER SPD THÜRINGEN WERDEN

Der thüringische Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (63) soll neuer Landesvorsitzender der SPD Thüringen werden. Der frühere Bundesverkehrsminister soll auf einem Sonderparteitag am 11. März gewählt werden. Der bisherige Landesvorsitzende Andreas Bausewein hatte sein Amt zum Jahreswechsel niedergelegt. Auf Tiefensee einigte sich der Landesvorstand am 13. Januar. Thüringens Innenminister Georg Maier hatte zuvor seinen Verzicht auf eine Kandidatur erklärt.

## KELLNER ALS POLITISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER GRÜNEN BESTÄTIGT

Michael Kellner (40) ist am 27. Januar auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in seinem Amt als Politischer Bundesgeschäftsführer bestätigt worden. Er erhielt 74,2 Prozent der Stimmen. Kellner ist seit 2013 im Amt.

## AUS DEN BOTSCHAFTEN

## FES ZUR GRIECHISCHEN MILITÄRDIKTATUR

Ausstellungseröffnung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema »Solidarität und Widerstand. Deutsch-Griechische Beziehungen während der griechischen Militärdiktatur 1967-1974«, unter anderem mit dem griechischen Botschafter S.E. Theodoros Daskarolis und dem Bezirksleiter der IG Metall in Berlin-Brandenburg-Sachsen, Olivier Höbel. 7.2., 19 Uhr. IG Metall-Haus, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin (Anmeldung erforderlich).

## WORTE DER WOCHE

»Sollte sich herausstellen, dass diese Operation zu einer Invasion wird, dann wird dies ein echtes Problem für uns.«

Emmanuel Macron, Frankreichs Präsident, warnt die Türkei, ihren Militäreinsatz in Syrien als Vorwand für eine Invasion zu nehmen.

»Da werden wir in Gottes Namen für diese 600 bis 700 Leute eine Perspektive finden.«

Joe Kaeser, CEO von Siemens, hält den Fortbestand des Siemenswerks in Görlitz für möglich, obwohl er das Werk aufgrund des internationalen Nachfragerückgangs bei Turbinen schließen will.

»Weil Sie so erfolgreich mit der Steuerreform waren, haben wir entschieden, die nächste Generation von Gasturbinen in den USA zu entwickeln.«

Joe Kaeser, Siemens-Chef, erklärt Donald Trump auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, weshalb die Aktivitäten in den USA verstärkt werden sollen. Offenbar gibt es doch keinen Nachfragerückgang bei Gasturbinen, wenn die richtige Steuerreform vorliegt.

»Es könnte eigentlich niemand, der der Automobilindustrie bewusst schaden will, so viel Schaden anrichten, wie die es selber machen.«

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, SPD, nach den Enthüllungen, dass VW Abgastests mit Affen und Menschen durchführte.

»Viele Menschen sind davon genervt, dass sie den Eindruck haben, dass Privatversicherte besser behandelt werden als sie.«

Malu Dreyer, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz.

»Ab 1. August gibt es keinen generellen Anspruch mehr auf Familiennachzug bei Flüchtlingen mit subsidiärem Schutzstatus.«

Andreas Scheuer, CSU-Generalsekretär. Bei der SPD klang der ausgehandelte Kompromiss noch anders.

»Wir haben in nur 15 Jahren 90 Prozent der Arbeitsplätze in diesem Bereich verloren – durch die Digitalisierung.«

Bitkom-Präsident Achim Berg kritisiert die aktuellen Koalitionsverhandlungen, weil sie sich nicht konkret genug mit dem Thema Digitalisierung beschäftigen. In den 1990er Jahren gab es 200.000 Stellen im Kommunikationssektor, heute sind es noch 20.000. Der Internet-Branchenverband hat berechnet, dass in den kommenden fünf Jahren durch die Digitalisierung 3,4 Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden könnte. Als nächstes seien Banken, Versicherungen, Chemie- und Pharmabranche bedroht.

»Wenn Markus Söder jetzt verspricht, bis zum Jahr 2050 alle Busse in Bayern mit W-Lan auszurüsten, dann fehlen mir die Worte. Das sind 32 Jahre! Ob es dann überhaupt noch W-Lan gibt?«

Florian Nöll, Chef des Deutschen Start-up-Verbands und Repräsentant, kritisiert die Nichtberücksichtigung von Start-Ups in den Koalitionsverhandlungen.

## TERMINE

## 6.2. BMJV UND BITCOM ZUM SAFER INTERNET DAY 2018

Konferenz des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und von Bitkom zum Thema »Was bedeutet 'Künstliche Intelligenz' für die Selbstbestimmung und Entscheidungsfindung der Verbraucherinnen und Verbraucher?«. 9.30 Uhr. Deutsche Telekom, Französische Straße 33 a-c, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

## 8.2. BOTSCHAFTER-DIALOG DER SUBSAHARA AFRIKA INITIATIVE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Gesprächsveranstaltung der Subsahara Afrika Initiative der deutschen Wirtschaft und der Nordafrika Mittelost Initiative der deutschen Wirtschaft zum Thema »African Ambassadors' Dialogue with Business«. 10 Uhr. Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29, 10178 Berlin (Anmeldung erforderlich).

## 8.2. YOUNG+RESTLESS ZU JUNGEN MENSCHEN IN PARTEIEN

Diskussionsveranstaltung von young+restless zum Thema »Sind die Alten überfordert? Welche Möglichkeiten haben junge Menschen in Parteien?«, unter anderem mit der Bundessprecherin der Grünen Jugend, Ricarda Lang, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Julis Phil Hackemann, der Bundessprecherin der linksjugend Noro Schlorke und dem Mitglied des Bundesvorstands von Demokratie in Bewegung, Lea Brunn. 19 Uhr. Telefónica BASECAMP, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).